

## EEG-Novelle

# Bayern und Baden-Württemberg fordern Änderungen

**[02.06.2026] Baden-Württemberg und Bayern fordern im Bundesrat Änderungen an der geplanten EEG-Novelle, um den Ausbau der Windenergie an Land zu beschleunigen. Die Länder wollen mehr Ausschreibungsvolumen und bessere Bedingungen für Projekte im Süden, um Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu stärken.**

Bayern und Baden-Württemberg dringen auf Nachbesserungen an der geplanten Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG), um den Ausbau der Windenergie an Land zu stärken. Wie die beiden Länder in einer gemeinsamen Pressemitteilung ihrer Wirtschafts- und Umweltministerien berichten, haben sie dazu mehrere Anträge in den Bundesrat eingebracht.

Ziel ist ein schnellerer, regional ausgewogener und systemdienlicher Ausbau der Windenergie. Die Länder sehen die Gefahr, dass die aktuellen Planungen des Bundes bereits genehmigte Projekte insbesondere in Süddeutschland wirtschaftlich erschweren oder verhindern könnten.

### **Ausschreibungsmenge soll angehoben werden**

Konkret fordern Bayern und Baden-Württemberg, die jährliche Ausschreibungsmenge für Windenergie von 10.000 auf 14.000 Megawatt anzuheben. Zusätzlich soll 2027 eine Sonderausschreibung über 5.000 Megawatt stattfinden. Zudem schlagen die Länder ein eigenes Zuschlagssegment für Süddeutschland vor. Mindestens 20 Prozent des Ausschreibungsvolumens sollen dabei für Projekte in der süddeutschen Region reserviert werden.

Ein weiterer Punkt betrifft den sogenannten Korrekturfaktor für windschwächere Standorte. Dieser soll von 1,50 auf 1,70 steigen. Nach Auffassung der Länder würde dies nicht nur geringere Winderträge ausgleichen, sondern auch höhere Investitionskosten etwa in Mittelgebirgsregionen berücksichtigen. Ohne eine Anpassung könnten zahlreiche bereits genehmigte Projekte wirtschaftlich nicht umgesetzt werden. Bei der EEG-Ausschreibungsrunde im Februar entfielen nach Angaben der Länder lediglich zwei Prozent der bundesweiten Ausschreibungsmenge auf Bayern und Baden-Württemberg.

Der bayerische Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) betonte, Windenergie müsse auch dort entstehen, wo der Strom benötigt werde. Gerade in den industriestarken Regionen Süddeutschlands entlaste dies die Stromnetze, reduziere den Transportbedarf und erhöhe die Versorgungssicherheit. Die aktuellen Regelungen im EEG-Entwurf gefährdeten aus seiner Sicht den Bau zahlreicher bereits genehmigter Anlagen.

### **Energiepolitische Souveränität stärken**

Baden-Württembergs Umwelt- und Energieministerin Thekla Walker (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf die Abhängigkeit von internationalen Energie- und Rohstoffmärkten. Jede zusätzliche Windkraftanlage, die Importe von Gas und Öl ersetze, erhöhe die Planungssicherheit, senke die Stromproduktionskosten und stärke die energiepolitische Souveränität. Zugleich warnte sie davor, bereits angemeldete Windenergieprojekte auszubremsen. Nach ihren Angaben könnte Baden-Württemberg seine Klimaziele bis

2030 mit den geplanten Anlagen erreichen.

Rückenwind erhält die Forderung nach einem stärkeren Ausbau der Windenergie im Süden durch eine Studie der [Forschungsstelle für Energiewirtschaft in München](#) aus dem März 2026 ([wir berichteten](#)). Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass eine ausgewogenere regionale Verteilung der Windstromerzeugung bis zu 1,8 Milliarden Euro einsparen könnte. Grund seien geringere Kosten für das Netzengpassmanagement, da weniger Strom über weite Strecken aus Norddeutschland transportiert werden müsste. Die Studie entstand im Auftrag der [Plattform Erneuerbare Energien Baden-Württemberg](#) und des [Landesverbands Erneuerbare Energien Bayern](#).

(th)

Stichwörter: Politik, Windenergie, Baden-Württemberg, Bayern